

## Entwicklungspolitische Diskussionstage 2003

- Auszug aus der Dokumentation – Die vollständige Publikation kann beim SLE bezogen werden (Adresse unter [www.berlinerseminar.de](http://www.berlinerseminar.de))

### Vorwort

In der Woche vom 07. bis 11. April 2003 fanden die mittlerweile dritten Entwicklungspolitischen Diskussionstage statt, auch diesmal gemeinsam vom Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) und dem Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) organisiert. Referiert und diskutiert wurde zu den folgenden, weitgehend hochaktuellen Themen:

- Drogenbekämpfung und Alternative Entwicklung
- Auswirkungen des 11.09.2001 auf die Entwicklungszusammenarbeit
- Mainstreaming HIV / AIDS in der Entwicklungszusammenarbeit
- Krisenprävention und Konfliktbearbeitung – eine Zwischenbilanz

Die gut besuchten Veranstaltungen boten eine hervorragende Gelegenheit für den Austausch zwischen Wissenschaft und entwicklungspolitischer Praxis. Die ReferentInnen aus unterschiedlichen Organisationen und Fachrichtungen, wie auch die zahlreichen Publikumsfragen gaben viele Anstöße zu weiterführenden Debatten. In diesem Heft, gedacht nicht nur als kleiner Dank an die Vortragenden, sondern auch als Informationsmöglichkeit für eine breite Fachöffentlichkeit, sind die Referentenbeiträge dokumentiert und durch kurze thematische Einführungen sowie Zusammenfassungen der Diskussion umrahmt.

TeilnehmerInnen des 41. Lehrgangs des SLE haben, zum Teil gemeinsam mit Stipendiaten des Studienwerks, die Diskussionstage vorbereitet und moderiert. Die Veranstaltung ist ein fester Bestandteil des Ausbildungsprogramms am SLE. Die HBS stellte den logistischen und finanziellen Rahmen.

Wir bedanken uns herzlich bei allen ReferentInnen wie auch bei allen, die für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung gesorgt haben.

Dr. Karin Fiege

Seminar für Ländliche  
Entwicklung (SLE)

Kerstin Kippenhan

Studienwerk der Heinrich-  
Böll-Stiftung

# Drogenbekämpfung und Alternative Entwicklung

## Einführung

Drogen gelten als globales Problem und somit als globale Herausforderung. Mit der Globalisierung bekommen auch Drogenprobleme eine neue Dimension, da Drogenhandel vom Ausbau der Transportwege, der Kommunikationsinfrastruktur und der Zunahme des Welthandels insgesamt profitiert.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Drogengeschäfts wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die Drogenökonomie mit einem Jahresgewinn zwischen 300 und 500 Mrd. USD neben dem Waffengeschäft und dem Ölhandel der bedeutendste Weltwirtschaftszweig ist.

Weltweit betrachtet gibt es drei wichtige Hauptanbaugebiete von Schlafmohn und Cocapflanzen:

Die wichtigsten Anbaugebiete von Schlafmohn, aus dem Opium und Heroin hergestellt werden, sind der goldene Halbmond und das goldene Dreieck in Asien. Als goldener Halbmond werden Pakistan, Iran und Afghanistan bezeichnet, das goldene Dreieck umfasst die Länder Myanmar, Laos und Thailand. Daneben gelten Türkei und Indien als wichtige Anbauländer, aber auch in China und Vietnam wachsen die Anbauflächen. Auch in Mexiko und Kolumbien wird zunehmend Schlafmohn angebaut.

In den Andengebieten der Länder Bolivien, Peru und Kolumbien wird Coca angebaut, dessen Blätter zu Kokain aufbereitet werden.

Traditionellerweise werden die Anbauländer als Produzenten von Drogen bezeichnet, die Industrieländer hingegen als Konsumenten. Drogen werden jedoch auch zunehmend in den Produktionsländern konsumiert. Beispielsweise gibt es in Pakistan und im Iran zusammen mehr als 3 Mio. Heroinabhängige, das sind mehr als in den USA und Europa zusammen!

Bei der Produzenten/Konsumenten-Betrachtungsweise werden zudem die Transitländer völlig außer Acht gelassen. Die Auswirkungen, die Drogen auf Transitländer haben, sind allerdings die gleichen wie die auf Produktions- und Konsumentenländer: auch dort, in den Transitländern, nimmt der Drogenkonsum und -handel zu, mit all seinen Nebeneffekten wie soziale, gesundheitliche, diplomatische Probleme, Kriminalität und Korruption. Die Zahl der Transitländer hat ebenfalls als Folge der Globalisierung zugenommen (1998 wurden in 170 Ländern größere Mengen an Drogen beschlagnahmt). Wichtiges Transitland ist beispielsweise Tadschikistan als Nachbarland von Afghanistan. Afrika als Transitkontinent gilt als Umschlagplatz für Heroin aus Asien und Kokain aus Südamerika.

Die Drogenbekämpfung ist sowohl Teil nationaler Politik als auch internationaler Politik. Die Handlungsfelder der Drogenbekämpfung umfassen:

- Repressive Maßnahmen zur Reduktion von Drogenpflanzen (in den Anbauländern z.B. in Form von Besprühungen und Abschlagen von Pflanzen);
- Maßnahmen zur Prävention von Drogenkonsum (in Entwicklungs- und Industrieländern), z.B. Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen;
- Stärkung von Good Governance (politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen sollen geschaffen werden, zum Teil durch Unterstützung von Law Enforcement);
- sowie das Konzept der Alternativen Entwicklung (AE).

Das Konzept der Alternativen Entwicklung wurde Anfang der 90er Jahre entwickelt und 1998 von der UN-GASS (UN General Assembly Special Session) folgendermaßen definiert:

*AE ist ein „Prozess der Vorbeugung und Eliminierung illegaler Kultivierung von Pflanzen, die die Grundlage für Rauschgifte und psychotrope Substanzen darstellen, durch speziell darauf zugeschnittene Maßnahmen der ländlichen Entwicklung im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Wirtschaftswachstum in Ländern, die Drogenprobleme bekämpfen, im Rahmen einer umfassenden und dauerhaften Lösung des Drogenproblems, wobei die besonderen sozio-kulturellen Eigenheiten der Zielgruppen anzuerkennen sind“.*

Maßnahmen der AE umfassen die Schaffung von alternativen Einkommens- und Vermarktungsmöglichkeiten, die Förderung sozialer Entwicklungsprozesse (z.B. durch infrastrukturelle Maßnahmen wie Straßenbau und Wasserversorgung, aber auch durch Maßnahmen im Bildungs- und Gesundheitswesen) sowie die Verbesserung institutioneller Voraussetzungen (z.B. durch den Aufbau und die Unterstützung von Beratungsdiensten, Stärkung von Selbsthilfegruppen).

Das Konzept der AE rühmt sich allerdings damit, ein sehr offenes und flexibles Konzept zu sein und kann je nach Auslegung auch repressive Maßnahmen beinhalten.

## **Drogenbekämpfung und Alternative Entwicklung: State of the Art und die Rolle internationaler Akteure**

*von Robert Lessmann*

Das Thema ist brandaktuell: Die Produktion von Opium, Koka und Cannabis soll bis zum Jahr 2008 „eliminiert oder deutlich vermindert“ werden, desgleichen die Nachfrage nach illegalen Drogen. So beschloss es eine Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (UNGASS) im Sommer 1998. Die 46. UN Commission on Narcotic Drugs (CND), die vom 08.-17.04.2003 in Wien tagen wird, will Halbzeitbilanz ziehen. Während der Exekutivdirektor des ODC, Antonio Mario Costa, im Interview mit dem Autor (25.03.03) von „ermutigenden Fortschritten auf dem Weg zu weit entfernten Zielen“ sprach, fällt eine nüchterne Bilanz weit hinter die Zielvorgaben zurück. Costas Vorgänger und geistiger Vater des Zehnjahresplans, Pino Arlacchi, hatte bereits im Januar letzten Jahres vorzeitig seinen Hut nehmen müssen. Amtsnachfolger Costa sieht nun die Wiederherstellung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit seines Büros bei der Gebergemeinschaft als eine seiner Kernaufgaben an.

### **1. Opium: Kein Zusammenhang mit dem UNGASS-Plan**

Das ehrgeizige Ziel sollte unter anderem mit einem Aktionsprogramm zur Eliminierung sogenannter Drogenpflanzen erreicht werden. Weltweit wurden im Jahr 2002 schätzungsweise 4.600 Tonnen Opium gewonnen, also mehr als die 4.346 Tonnen des Ausgangsjahrs 1998. Der Anbau von Schlafmohn ist unter dem Strich in den letzten 15 Jahren mit gewissen Schwankungen relativ konstant geblieben: Rückgängen in Pakistan - von 5.091 Hektar (1995) auf 837 Hektar (1996) -, in Thailand - von 3.016 (1992) auf 837 (1993) - und in Laos stehen Zuwächse in Mexiko und Kolumbien gegenüber, wo die Produktion zusammengenommen bei etwa 10.000 Hektar liegt. Dramatische Veränderungen gab es in Afghanistan: Seit dem Einmarsch der Sowjetunion (1979) ist die Opiumproduktion dort um das 15fache angewachsen. Der Zerfall von Staat und Gesellschaft wirkte zusammen mit der internationalen Nachfrage nach Heroin wie eine Nährlösung für die Drogenproduktion. Die UN schätzen den Opiumanbau heute auf 82.000 Hektar, das entspricht einer Produktion von 3.400 Tonnen Rohopium; Tendenz weiter steigend. Aus Afghanistan kommen somit zwei Drittel der Weltopiumproduktion und 75% des in Europa konsumierten Heroins. Nach einem Rekord von 4.565 Tonnen im Jahr 1999 war der Anbau nach einem Verbot der Taliban in den von ihnen kontrollierten Gebieten gegen Null gegangen, die Preise aber explodiert. Durchschnittspreise für ein Kilo Rohopium liegen heute bei 350-450 Dollar, Spitzenpreise bei 700, bei einem Durchschnittslohn von zwei Dollar am Tag eine beträchtliche Attraktion in einem Land, in dem Hunger und Elend herrschen. Die afghanische Regierung hat im Januar letzten Jahres ein umfassendes Verbot für Anbau und Handel mit Opium erlassen, verfügt aber nicht über die Mittel, es zu vollziehen. Afghanistans Einnahmen aus dem Drogengeschäft werden auf 1,3 Milliarden Dollar geschätzt, das entspricht dem Siebenfachen der legalen Exporte und 15% des

Bruttosozialprodukts. Geld, das zusammen mit geschätzten 2,5 Millionen Dollar aus Schmuggelgeschäften die Kriegskassen der *Warlords* füllt.

## 2. Koka: Durchbruch in Südamerika?

Der Kokaanbau, Ausgangspunkt für die Herstellung von Kokain, konzentriert sich praktisch ausschließlich auf die Andenländer Bolivien, Kolumbien und Peru und liegt dort seit anderthalb Jahrzehnten ziemlich konstant bei um die 200.000 Hektar. In Peru, dem traditionell wichtigsten Anbauland für Kokablätter, war es Mitte der 90er Jahre zu einem 50%-igen Rückgang der Kokaproduktion gekommen. Der Markt brach zusammen. Felder wurden aufgegeben. Die Politik schrieb sich und ihrer *Operation Airbridge* diesen Rückgang zu. Seit 1995 wurden dabei verdächtige Flugzeuge zur Landung gezwungen und notfalls abgeschossen. Drogenflüge gingen drastisch zurück, bis irrtümlich ein Flugzeug mit einer amerikanischen Missionarsfamilie an Bord abgeschossen wurde. Als Ursache für das Unglück wurden Kommunikationsprobleme zwischen dem peruanischen Jagdflugzeug und dem amerikanischen Personal des Aufklärers genannt. Das Programm liegt seither auf Eis, soll aber in Kürze wieder aufgenommen werden.

Bereits seit Mitte 1998 steigen die Kokapreise in vielen Gegenden Perus wieder an, nehmen Bauern in Abwesenheit ökonomischer Alternativen ihre Kokafelder wieder in Produktion oder legen neue an. Zeitgleich zur *Operation Airbridge* wurden in Kolumbien die mächtigen Drogenorganisationen von Medellín und Cali zerschlagen, die sich überwiegend aus Peru mit Rohstoff versorgt hatten. Der Rückgang der Kokaproduktion in Peru hatte von daher schlicht auch konjunkturelle Ursachen. In den großen Städten, vor allem in Lima, kam es zu einem sehr ernsten Anstieg des Drogenkonsums, hervorgerufen offenbar durch ein Überangebot und Preisverfall.

In Bolivien feierte man im Februar 2001 eine Planübererfüllung: *Coca Zero*, die Eliminierung der gesamten Koka-Überschussproduktion (die über 12.000 Hektar für den legitimen, traditionellen Konsum hinaus geht). Im gleichen Jahr will die bolivianische Regierung bereits wieder 9.300, im Folgejahr (2002) 11.800 Hektar Koka vernichtet haben. Dass darunter ihre Glaubwürdigkeit leidet, ist das kleinere Problem. Tatsächlich konnte man ja eine Reduzierung erreichen: Präsident Hugo Banzer hatte das Militär geschickt: 4.000 Polizisten und Soldaten. Während unter deren Schutz gleich nach der Verabschiedung seines Plans *Por la Dignidad* („Für die Würde“) seit Januar 1998 eine entschlossene Kampagne der Zwangseradikation anlief, brauchte die Regierung des Ex-Diktators bis zum Sommer 1999, um überhaupt einen runden Tisch potenzieller Geber für die Alternative Entwicklung zu organisieren. Natürlich arbeiteten bereits Projekte in der Zone. Doch es war klar, dass sie mit dem Rhythmus der Eradikation nicht Schritt halten konnten. Diese Ungleichzeitigkeit führte zu heftigen sozialen Konflikten, die viele Menschenleben forderten. Immer wieder bringen Proteste und Straßenblockaden das wirtschaftliche Leben im Armenhaus Südamerikas zum Erliegen.

Doch damit nicht genug: Konnte ein Kokabauer im Chapare im Jahr 1997 auf der Basis einer Überproduktion und sehr niedriger Preise 1.500 Dollar pro Hektar pro Jahr verdienen, so waren es nach Abschluss der Eradikationskampagne im Sommer 2001 15.000 Dollar. Der „Plan für die Würde“ hat dazu geführt, dass wiederum kein Alternativprodukt und keine alternative Aktivität auch nur annähernd mit dem Koka-Kokain-Geschäft konkurrieren kann. Das ist nicht einfach ein Misserfolg: Der Kokaanbau geht einher mit unkontrollierter Migration, Abholzung tropischer Wälder, Auslaugung und Erosion von Böden, Vergiftung von Erdreich und Gewässern mit Chemikalien wie Kerosin und Schwefelsäure, die zur Weiterverarbeitung nötig sind. Eine Faustzahl geht von 2 Tonnen Chemikalien pro Hektar pro Jahr aus. War in den 80er Jahren ein Kokaboom für die Ausbreitung des Anbaus ins Hinterland verantwortlich, so ist es heute in wachsendem Maße eine verfehlte Politik, der es nur auf jährliche Eradikationserfolge ankommt und die Nachhaltigkeit außer acht lässt.

Das Maximum an Koka im bolivianischen Chapare lag bei 36.000 Hektar im Jahr 1995. Allein seit 1990 wurden dort nach Angaben des State Department aber 97.651 Hektar Koka vernichtet. Geht man davon aus, dass die Bauern neben Koka zumeist auch Produkte wie Yucca oder Trockenreis zur Selbstversorgung anbauen, so dürfte diese Entwicklung seit Beginn der Maßnahmen zur Koka(zwangs)vernichtung Mitte der 80er Jahre 200.000-400.000 Hektar subtropischen Regenwaldes am Fuße der Andenkette gekostet haben.

Kolumbien soll die Erfolgsbilanz retten: Laut UN konnte dort im zweiten Jahr in Folge eine Reduzierung des Kokaanbaus erreicht werden: minus 43.000 Hektar (2002), wodurch die kolumbianische Anbaufläche auf 102.000 Hektar gesunken sei und die in den Anden insgesamt auf 173.000. Wieder ein Durchbruch, auch wenn die USA höhere Zahlen nennen. Erzielt wurde dieses Ergebnis jedoch nicht durch ein Programm der Völkergemeinschaft, sondern durch die Besprühung von 123.000 Hektar mit Herbiziden aus der Luft. Das äußerst umstrittene US-kolumbianische Sprayprogramm läuft bereits seit Mitte der 90er Jahre, als der damalige Präsident Ernesto Samper unter Korruptionsvorwürfen und Sanktionsdrohungen aus Washington zur Einwilligung gedrängt wurde. Trotz stetiger Ausweitung und Intensivierung der Besprühung - 2001 waren es 100.000 Hektar - kam es bis zuletzt nicht zu einer Reduzierung sondern zu einer Ausweitung des Anbaus. Die Hoffnung ist nun, dass man eine kritische Größe erreicht hat, bei der die Bauern resignieren und keine neuen Felder mehr anlegen. Sollte sich diese Hoffnung nicht erfüllen, so kann man leicht errechnen, wie lange es beim derzeitigen Besprühungsrhythmus theoretisch dauern würde, bis Kolumbiens 40 Millionen Hektar Regenwald zunächst in Kokafelder und dann in Wüste verwandelt würden. Ein Erfolg der Sprühkampagne hingegen würde in Abwesenheit ökonomischer Alternativen das Heer der Bürgerkriegsflüchtlinge in den Slums der Städte vergrößern – oder das der Bürgerkriegsparteien.

Kolumbien erhält von den USA im Rahmen des *Plan Colombia* Waffen- und Ausbildungshilfe für den Drogenkrieg in Milliardenhöhe. Ein Bericht des US-Rechnungshofes (GAO) moniert indessen, dass von 56 Millionen Dollar, die für die

Alternative Entwicklung zur Verfügung gestellt worden waren, nur 6 Millionen tatsächlich ausgegeben wurden. Zwei linksgerichtete Guerillagruppen und rechtsextreme Paramilitärs - mit zusammengenommen an die 40.000 Kämpfern - kontrollieren weite Teile des Landes und finanzieren sich unter anderem auch aus Drogengeschäften. Die Entführung deutscher Projektmitarbeiter durch die Guerilla steht ebenso als Fanal für miserable Rahmenbedingungen wie die versehentliche Besprühung von Projekten der UN und der deutschen GTZ mit dem Herbizid Glyphosate.

### **3. Zeit für Alternativen**

Für die betroffenen Länder des Südens stellt sich ihr „Drogenproblem“ primär als komplexes Entwicklungsproblem dar. Alternative Entwicklung, das ist der Versuch, (mit) den Bauern (zusammen) Daseinsalternativen zu erschließen. Nie zuvor wurde der Alternativen Entwicklung von der Völkergemeinschaft so breiter Raum und so hoher Stellenwert beigemessen wie in der UNGASS-Erklärung. Mit dem Instrumentarium, das der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung steht, lassen sich viele der verheerenden Folgen der Drogenwirtschaft bekämpfen, lässt sich ein Klima schaffen, das den Bauern einen Ausstieg erleichtert. Afghanistan, Kolumbien, Myanmar: Politische Instabilität stellt einen Nährboden für die illegale Drogenwirtschaft dar, die wiederum als Katalysator für Menschenrechtsverletzungen, Korruption, Chaos und Gewalt wirkt. Alternative Entwicklung kann an zentraler Stelle einen Beitrag zu Krisenprävention und Friedenssicherung leisten. Ob sich indessen der Anbau sogenannter Drogenpflanzen bei persistenter Nachfrage überhaupt beseitigen lässt? Fast zwanzig Jahre Drogenkrieg der USA in den Anden sind den Beweis dafür schuldig geblieben. Partielle oder gar virtuelle Erfolge publikumswirksam zu inszenieren, wird auf die Dauer nicht reichen.

### **4. Internationale Drogenkontrolle: Uncle Sam mit Übergewicht**

Das laufende Zweijahres-Budget des UN-Drogenkontrollprogramms (ODC) liegt bei 166,4 Mio. USD, also 83,2 Mio. USD pro Jahr. Das sind 8,9% der 928 Mio. USD, die alleine dem *Bureau for International Narcotics and Law Enforcement* des US State Department zur Verfügung stehen. Nur Weltpolizist Uncle Sam verfügt über ein solches Büro für Internationale Drogen- und Gesetzesvollzugs-Angelegenheiten im Außenministerium. 13 Mio. davon bekommt das ODC, das entspricht 0,7%. Die USA sind damit zwar auch der größte Geber des ODC. Sie bevorzugen aber ein unilaterales Vorgehen mit polizeilich-militärischen Strategien, besonders in ihrem lateinamerikanischen Hinterhof.

Mit dem Anti-Drug-Abuse Act von 1986 führte Washington obligatorische Sanktionen für sogenannte drogenproduzierende Länder ein, die jeweils für ein Jahr ausgesetzt werden können, wenn der Präsident dem Kongress bestätigt, dass deren Behörden in der Drogenpolitik „voll kooperativ“ waren. *Conditio sine qua non* für diese *certification* durch den Präsidenten ist seit dem Anti-Drug-Abuse Act von 1988 jeweils die

Unterzeichnung eines bilateralen Kooperationsabkommens, im Rahmen dessen alljährlich US-Hilfen an detaillierte drogenpolitische Gegenleistungen gebunden werden. Auf diese Weise wurden schwerwiegende Eingriffe in die nationale Souveränität der betroffenen Länder ermöglicht: die Schaffung von Sondergerichten und paramilitärischen Spezialpolizeien, Eingriffe in die Gesetzgebung, Einsatz von US-Polizei- und Militär- und Geheimdienstpersonal im Gastland. Betroffen sind aktuell 23 Länder, 14 davon aus Lateinamerika und der Karibik. Keine *certification* bekommen haben in diesem Jahr Myanmar, Guatemala und Haiti.

## **Schlussplädoyer**

Entwicklung - ob „Alternativ“ oder nicht - braucht nicht nur kluge Konzepte und ausreichende Mittel, sie braucht vor allem Zeit. Ultimative Eradikationsvorgaben rauben sie ihr. Nachhaltige Entwicklung heißt: Partizipative Entwicklung. Durch repressive Maßnahmen gegen die Bauern (statt gegen die kriminellen Organisationen des Drogenhandels) setzt man sich von vornherein in Gegnerschaft zur Zielgruppe. Der „Entwicklungshelfer“ kam aus der Sicht der Bauern nur allzu oft im Windschatten von Sprühflugzeugen und paramilitärischen Eradikationstrupps. So kann Partizipation nicht funktionieren. Man muss die Köpfe und Herzen der Bauern erobern. Ohne oder gar gegen sie geht es nicht.



## **Cocabauern in Bolivien: Interessen, Handlungsrationalitäten und Perspektiven**

*von Ulrich Goedeking*

Am Fuß der Anden gelegen, ist die zentralbolivianische Provinz Chapare im Norden des Departements Cochabamba seit vielen Jahren zur wichtigsten Cocaanbauregion des Landes geworden. Der Länge nach führt die Anfang der 90er Jahre fertiggestellte Fernstraße von Cochabamba nach Santa Cruz durch den Chapare, der damit eine verkehrstechnisch vergleichsweise gut erschlossene Region des Landes ist. Während in den weiter nördlich gelegenen Yungas, den engen Andentälern östlich von La Paz, Coca auch zu einem großen Teil für den traditionellen Konsum angebaut wird, besteht kein Zweifel daran, dass die Cocaproduktion des Chapare im Wesentlichen den Rohstoff für Kokainproduktion darstellt. Eine Anbaufläche von 12.000 ha in den Yungas gilt als legal, alle weiteren Cocapflanzungen gelten als „überschüssige Produktion“ und damit als illegal.

Insbesondere seit Mitte der 80er Jahre hat der Cocaanbau im Chapare stark zugenommen. 1985 erreichte die neoliberale Wirtschaftspolitik mit der Regierung Paz Estenssoro Bolivien. Die großen staatlichen Minen wurden wegen fehlender Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt geschlossen. Ein Migrationsprozess setzte ein, in Bolivien unter dem Namen *relocalización* bekannt, in dessen Folge Minenarbeiter und ihre Familien in den Städten und eben auch im Chapare eine neue Existenzgrundlage suchten. Dazu kam im Chapare die Migration aus ländlichen Regionen des Andenhochlandes.

Bei den Cocabauern des Chapare handelt es sich somit nicht um eine seit Jahrhunderten dort ansässige und dort kulturell verankerte indianische Bevölkerung, sondern um Migranten, die mit den Methoden und Problemen der Landwirtschaft in einem Ökosystem des Tieflandes nicht vertraut sind und die ausschließlich wegen der Perspektive, schnell und vergleichsweise einfach mit dem Cocaanbau Geld zu verdienen, den Weg in den Chapare gefunden haben.

Zur Vermeidung von Missverständnissen ist anzumerken, dass die Cocabauern im biologischen Sinne durchaus indianischer Herkunft sind – nicht aus dem Tiefland, sondern aus dem Hochland. Biologische Abstammungskriterien helfen allerdings kaum weiter, wenn es um die Frage nach Identität und Selbstverständnis geht. Die Identität der Cocabauern ist in erster Linie eine gewerkschaftliche, keine ethnische. Dies wird in der politischen Dynamik der bolivianischen Bauernbewegung in den vergangenen Jahren sehr deutlich mit der Konkurrenz zwischen den organisierten Cocabauern als einem starken Akteur einerseits und organisierten Aymaras vom Altiplano andererseits, die in ihren Forderungen explizit ethnisch argumentieren und diskursiv auf die vergangene Pracht indianischer Großreiche verweisen.

## US-Politik, bolivianische Regierungen und Cocabauern

Der Chapare ist zu einem permanenten Konfliktherd geworden. Von Seiten der USA wird erheblicher Druck auf jede bolivianische Regierung ausgeübt, gegen die Cocabauern vorzugehen. Für die US-Politik muss das Problem an der Cocaproduktion angegangen werden, daraus resultiert die Forderung nach Ausrottung der Cocapflanzungen, wenn nötig mit Gewalt. Die schärfste Waffe der US-Politik gegenüber Bolivien ist dabei die Drohung mit der *descertificación*, mit dem Entzug des „Gütesiegels“ für politisches Wohlverhalten in der Drogenbekämpfung. An der „Zertifizierung“ wiederum hängt der Zugang zu Krediten und insgesamt die Anerkennung als akzeptierter Verhandlungspartner auf internationaler Ebene.

Andererseits sehen sich die Regierenden in La Paz gut organisierten und militanten Cocabauern gegenüber. Die andinen Migranten im Chapare haben jahrzehntelange Erfahrungen mit politischer Organisation und mit Kampf für ihre Interessen mitgebracht. Insbesondere gilt dies für die ehemaligen Minenarbeiter; diese stellten bis Mitte der 80er die Speerspitze revolutionärer, gewerkschaftlicher Forderungen dar. Jeder der zahlreichen Diktatoren Boliviens musste sich mit dem Widerstand der *mineros* auseinandersetzen. Aber auch in ländlichen Regionen existiert eine lange Tradition gewerkschaftlicher Organisation. Nicht zufällig ist es mit Evo Morales der langjährige Führer der organisierten Cocabauern, der nach einem überraschenden Wahlerfolg im Jahr 2002 inzwischen zum parlamentarischen Oppositionsführer geworden ist.

Im Ergebnis steht im Chapare-Konflikt eine permanente Pendelbewegung. Wurde der Druck der US-Botschaft zu groß, ließen die bolivianischen Regierungen immer wieder durch Sondereinheiten im Chapare mit Gewalt die so genannte *erradicación*, das Ausreißen von Cocafeldern, durchführen. Wurde infolgedessen der Protest der Cocabauern zu vehement, wurde der Chapare zu instabil, folgte wieder eine Phase der Verhandlungen. Keine bolivianische Regierung in den 80er und 90er Jahren ist einer grundsätzlichen Problemlösung näher gekommen. Es ist eine offene Frage, ob bolivianische Regierungen dafür überhaupt über den notwendigen politischen Spielraum verfügen.

Die gewählte Regierung des früheren Diktators Hugo Banzer versuchte ab 1997, mit repressiven Mitteln den für die Kokainproduktion bestimmten Cocaanbau ganz zu unterbinden. Zwischenzeitlich war ein „Erfolg“ zu verzeichnen. Die US-Botschaft nennt für 1996 eine Cocaanbaufläche in ganz Bolivien von über 48.000 Hektar. Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu handhaben, andere Schätzungen nennen Zahlen zwischen 30.000 und 40.000 ha. Unbestritten ist aber, dass der Cocaanbau allein im Chapare, nach US-Angaben 1996 bei 33.000 ha., bis zur Jahrtausendwende drastisch zurückgegangen ist, um dann wieder schnell anzusteigen auf 24.000 ha nach Zahlen der USA, tatsächlich wahrscheinlich etwas weniger.

Anzumerken ist, dass diese Entwicklung nicht nur auf die Dynamik von Repression und Feldervernichtung zurückzuführen ist, sondern auch auf Verschiebungen in der

Organisation des internationalen Kokaingeschäftes. So hat zwischenzeitlich der Co-caanbau in Kolumbien stark zugenommen, während zuvor im Wesentlichen die Cocablätter bzw. das Kokain-Vorprodukt *pasta básica* in Peru und Bolivien produziert wurden, um dann zur Weiterverarbeitung nach Kolumbien gebracht zu werden. Inzwischen scheinen Peru und Bolivien für die Großen des Geschäftes als Co-caanbauländer wieder attraktiver geworden zu sein.

## Die Perspektive der Cocabauern

Wie stellt sich die Situation aus dem Blickwinkel der Cocabauern dar? Zunächst verweisen die organisierten Cocabauern immer wieder auf die traditionelle Bedeutung des Co-caanbaus und fordern die umfassende Legalisierung ihrer Tätigkeit.

Traditionell wird das Cocablatt gekaut und hat dabei die Wirkung, bei der Arbeit länger durchzuhalten und die Müdigkeit zu vertreiben. In den bolivianischen Minen, von der Kolonialzeit bis ins 19. Jahrhundert vor allem mit Silberabbau, im 20. Jahrhundert mit Zinn als wichtigstem Produkt, war der Cocakonsum weit verbreitet. Darüber hinaus hat das Cocablatt im indianischen Kulturkreis der bolivianischen Anden große Bedeutung sowohl als Heilpflanze als auch im rituellen Bereich. Aber es ist nicht nur die indianische Bevölkerungsmehrheit, die Cocablätter konsumiert. In bolivianischen Mittel- und Oberschichtsfamilien und in jedem Restaurant wird selbstverständlich Cocatee getrunken, man schätzt die magenfreundliche, ausgleichende Wirkung des Blattes. Für Neuankömmlinge auf dem über 4000 Meter hoch gelegenen Flughafen El Alto von La Paz ist Cocatee sehr empfehlenswert, da dieser die Folgen der ungewohnten Höhe abmildert. Ein in irgendeiner Weise berauschender Effekt tritt bei dieser Form des Konsums nicht ein. Trotzdem gilt nicht nur das Kokain, sondern auch das Cocablatt international als Droge, die Einfuhr nach Europa, und sei es als Souvenir, ist verboten.

Zur Frage der Legalisierung steht die Argumentation der Cocabauern allerdings auf wackeligen Füßen. Zum einen stellt sich die Frage, welche Produkte für welche Märkte bei einer umfassenden internationalen Legalisierung erschlossen werden sollten. Würde es einen Weltmarkt für Cocatee, für Medikamente aus Coca, für Coca-Zahnpasta geben? Die Perspektiven sind mehr als unsicher. Vor allem aber wäre der Preis, den die Bauern mit ihrer Coca erzielen würden, in diesem Fall kaum auf dem jetzigen Niveau zu halten, da die Gewinnspannen im Handel mit Teebeuteln kaum mit denen aus dem Kokain mithalten könnten. Auch wenn der Cocapreis stark schwankt, auch wenn der Löwenanteil der Gewinnspannen aus der Kokainproduktion nie bei den Cocabauern ankommt, ist und bleibt die Coca das landwirtschaftliche Produkt, das mit Abstand die besten Einkünfte verspricht und dazu noch im Anbau vergleichsweise leicht zu handhaben ist. Die Suche nach Alternativen muss sich an dieser Tatsache messen lassen.

Unausgesprochen fordern die Cocabauern im Kern eine Legalisierung des Co-caanbaus mit der Möglichkeit, das begehrte Blatt weiterhin an den Meistbietenden zu ver-

kaufen. Die implizite Forderung ist diejenige, nicht dafür verantwortlich gemacht zu werden, dass Konsumenten – wo auch immer auf der Erde – Kokain kaufen wollen und dieses nun einmal aus Coca hergestellt wird. Gleichzeitig aber wollen die Cocabauern kaum auf ihre Einnahmen verzichten.

Jedes Konzept alternativer Entwicklung muss berücksichtigen, dass es sich bei den Cocabauern des Chapare nicht um die Ärmsten der Armen handelt, sondern um Bauern, die sich gerade durch den Cocaanbau von diesem Status gelöst haben. Verlässliche Daten über die Einkommensverhältnisse von Cocabauern sind aus nachvollziehbaren Gründen kaum zu erheben, aber in Cochabamba sind durchaus die Geschichten bekannt von den Bauern, die einen fabrikneuen Jeep mit Bündeln von Dollarscheinen bar bezahlen und von den Häusern in der Stadt, die von Cocabauernfamilien gebaut werden. Dies gilt selbstredend nicht unbedingt für alle Cocabauern, zeigt aber doch, dass es bei der Diskussion von Entwicklungsalternativen in diesem Fall nicht notwendigerweise darum geht, bitterarmen Bauern zum Existenzminimum zu verhelfen.

## **Mobilität und Netzwerke**

Der Augenschein bei einer Fahrt durch den Chapare scheint das Gegenteil zu belegen. Die Hütten der Cocabauernfamilien sehen in aller Regel nicht nach Reichtum aus. Zur Auflösung dieses scheinbaren Widerspruchs und zum Verständnis der Handlungsrationalitäten von Cocabauern haben anthropologische Forschungen in den Andenländern Wesentliches beigetragen.

Von zentraler Bedeutung sind die Konzepte der Mobilität und der Netzwerke. Interne Migration im Andenraum ist in aller Regel keine Migration von A nach B, um sich definitiv an Ort B niederzulassen, sondern eine Migration, die ein Netz von Standorten um ein weiteres Element erweitert. Für die gemeinsame Zugehörigkeit zu einem solchen Netzwerk kann Verwandtschaft entscheidend sein, ebenso fiktive Verwandtschaftsbeziehung über den so genannten *compadrazgo*, einer Form der Übertragung von Patenschaft zu einem Kind, die gleichzeitig zwischen den beteiligten Familien soziale Verbindlichkeit herstellt. Dazu kommt die gemeinsame Herkunft aus einem Ort in den Anden als kohärenzstiftendes Element. Derartige soziale Beziehungen beruhen auf Reziprozität, auf Leistung, die wiederum zu Gegenleistung verpflichtet.

Die genannten Forschungen beziehen sich auf Migrationsprozesse im Andenraum insgesamt, nicht spezifisch auf die Cocabauern. Es stellt sich aber die Frage, ob nicht diese Erkenntnisse die Prämissen der Diskussion um alternative Entwicklung entscheidend verändern können. Wenn die Reproduktionsstrategien von Cocabauern auf der Einbindung in derartige Netzwerke beruhen, kann dies zum Beispiel so aussehen, dass neben dem Chapare die Stadt Cochabamba einen Standort darstellt – an dem möglicherweise eher in ein Haus investiert wird als im Chapare –, dazu vielleicht auch Santa Cruz de la Sierra und Andendörfer, aus denen die Migranten

stammen, in das Netzwerk einbezogen sind. Dies kann bedeuten, dass etwa Kinder zum Schulbesuch zu Verwandten in die Stadt geschickt werden und nicht im Chapare aufwachsen oder dass saisonabhängig zwischen verschiedenen Standorten gereist wird.

Für Konzepte alternativer Entwicklung hätte dies zur Folge, dass in Bezug auf die Cocabauern nicht von der Prämisse ausgegangen werden kann, diese seien im Chapare ansässig und müssten auf dem Wege umfassender regionaler Entwicklungsanstrengungen eine neue Existenzgrundlage im Chapare finden. Sollte, aus welchem Grund auch immer, der Cocaanbau im Chapare nicht mehr die Lebensgrundlage wie bisher darstellen, liegt den Bauern der Gedanke der Migration in die Stadt möglicherweise viel näher als die Beschäftigung mit Obstanbau. Das heißt nicht, dass nicht einzelne Produkte, die im Chapare angebaut werden können, in Marktnischen eine Alternative darstellen könnten, aber die Prämisse, Bauern seien an ihr Land und ihre Region gebunden, Alternativen vor Ort seien somit „gut“, Abwanderung, also Migration dagegen „schlecht“, ist in Bezug auf die Cocabauern fragwürdig.

Wenn Cocabauern bereit sind, sich im Chapare auf den Anbau anderer Produkte zu verlegen – Beispiele dafür gibt es – dann beruht dies zum einen auf der allgegenwärtigen Gewalt, also dem Wunsch, sich der Repression zu entziehen und in Frieden zu leben, und zum zweiten auf der Hoffnung, mit einem alternativen Produkt doch auch so gute Preise zu erzielen, dass es sich lohnt, den Standort Chapare aufrecht zu erhalten. Für die Entwicklungspolitik beinhaltet der militärische und polizeiliche Druck auf die Cocabauern ein schwieriges Dilemma. Kein Vertreter alternativer Entwicklungskonzeptionen wird sich dafür einsetzen, Gewalt und Repression im Chapare auf einem hohen Niveau zu halten, Ziel ist schließlich der Aufbau stabiler Strukturen, der Abbau von Gewalt und die Förderung friedlichen Zusammenlebens. Allerdings wächst, sobald die mit dem Cocaanbau verbundenen Risiken geringer werden, die Motivation, wieder mehr Coca zu produzieren und damit gutes Geld zu verdienen. Daraus ist selbstredend kein Plädoyer für polizeiliche Repression im Chapare abzuleiten, das Dilemma allerdings besteht.

## **Cocaanbau als Weltmarktproblem**

Der Cocaanbau stellt sich im Kern als ein ökonomisches Problem dar, das auf der Existenz einer stabilen Weltmarktnachfrage für Kokain beruht. Die Cocabauern tun letztlich genau das, was die neoliberale Politik sich wünscht: Sie produzieren mit hoher Wettbewerbsfähigkeit für den Weltmarkt. Nur dass das Endprodukt, das aus dem von ihnen gelieferten Rohstoff hergestellt wird, illegal ist.

Verschiedene Umstände sind grundsätzlich denkbar, unter denen sich der Status Quo des Cocaanbaus langfristig verändern würde. Massiver, dauerhafter polizeilicher und militärischer Druck auf die Cocabauern, so wie es teilweise unter der Regierung Banzer in Bolivien zu beobachten war, würde in eine Eskalation der Gewalt mit un

gewissem Ausgang führen. Zu einem sehr hohen wirtschaftlichen und vor allem sozialen Preis würde der Hebel auf der Angebotsseite angesetzt.

Von der Nachfrageseite her betrachtet, kann zum einen Produktionsverlagerung in andere Gebiete die Rahmenbedingungen für den bolivianischen Cocaaanbau verändern. Eine solche Tendenz war vor wenigen Jahren mit der Zunahme von Cocapflanzungen in Kolumbien zu beobachten, sie kehrt sich allerdings leicht um.

Zum anderen wäre denkbar, dass sich die Nachfrage nach dem Endprodukt Kokain verändert. Dies könnte durch eine Verschiebung des Drogenkonsumverhaltens eintreten, bislang allerdings scheint kein Konkurrenzprodukt dem Kokain in nennenswertem Umfang Marktanteile abzunehmen. Noch gibt es auch keine synthetische Droge, die wie Kokain wirkt und dazu billiger und mit weniger Aufwand herstellbar ist. Ein solches Produkt könnte den Cocaaanbau zusammenbrechen lassen wie seinerzeit den Kautschukboom nach Erfindung des synthetischen Kautschuks. Die Drogenproblematik würde damit auf die Konsumentenländer konzentriert, während der Cocaaanbau nichts mehr mit dieser zu tun hätte. Auf die Andenländer kämen kurzfristig ökonomische Probleme zu, verbunden mit der Chance, neue Strukturen jenseits der Drogenökonomie aufzubauen.

Die wünschenswerte, aber leider umso weniger realistische Option würde wiederum auf der Angebotsseite ansetzen, nämlich eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Bolivien in dem Maße, dass Bauern über glaubwürdige wirtschaftliche Perspektiven jenseits der Cocaproduktion verfügen würden.

Es ist kein Zufall, dass sich diese theoretisch denkbaren Entwicklungstendenzen fast durchweg auf die ökonomischen Rahmenbedingungen beziehen und nicht auf die Aktivitäten von Entwicklungsagenturen. Deren Möglichkeiten sind angesichts der erdrückenden Macht des Weltmarktes sehr beschränkt. Trotzdem soll hier nicht defätistisch von einer Sinnlosigkeit ihres Engagements gesprochen werden.

Die tatsächliche Bedeutung von Entwicklungsagenturen aller Art im Chapare liegt möglicherweise mehr in ihrer Präsenz als in der mehr oder weniger erfolgreichen Umsetzung ihrer Programme. Im Kontext der Gewalteskalationen und Verhandlungsprozesse sind damit Akteure präsent, die internationale Aufmerksamkeit schaffen, die als Ansprechpartner dienen und neue, andere Ideen in die Diskussionen über mögliche zukünftige Entwicklungen sowohl im Chapare als auch in der nationalen Politik einbringen können. „Entwicklungspolitischer Erfolg“ ist, was diese Rolle angeht, schwer messbar. Es stellt sich auch die Frage, ob das Personal solcher Agenturen auf derartige Aufgaben vorbereitet ist. Interessant sind in diesem Zusammenhang die vergleichsweise neuen Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit, die zivile Konfliktbearbeitung in den Mittelpunkt stellen. Allerdings dürften im Chapare auch dabei keine langfristig tragbaren Lösungen erwartet werden, solange sich an der Nachfrage der Kokainproduzenten nach bolivianischen Cocablättern nichts Grundsätzliches ändert.

## Zusammenfassung der Diskussion

Den Vorträgen der Referenten schloss sich eine Diskussion mit dem Publikum an, in der zunächst der Begriff der Alternativen Entwicklung (AE) und dessen Definition erneut aufgegriffen wurde. Christian Zoll betonte in diesem Zusammenhang noch einmal, dass AE sich nicht auf *Crop Substitution* reduzieren lasse, sondern auch Maßnahmen zur Schaffung von Rahmenbedingungen wie Infrastruktur oder berufliches Training beinhalte. AE bedeute nicht, dass z.B. Alternativen zu bestehenden Wirtschaftssystemen in einem Land geschaffen würden.

Die weitere Diskussion befasste sich vor allem mit den Möglichkeiten und Grenzen von AE.

## Regionale Unterschiede

Da sich die Vorträge von Dr. Lessmann und Dr. Goedeking überwiegend auf den Chapare in Bolivien bezogen, kam die Frage auf, ob die dortige Situation überhaupt auf andere Regionen der Andenländer oder Asiens übertragbar sei. Dr. Goedeking stellte hier die unterschiedliche Problematik und die Hintergründe dar und hob hervor, dass es regionale Besonderheiten und Rahmenbedingungen zu beachten gelte. Selbst innerhalb der Andenländer bestehen aus seiner Sicht erhebliche regionale Unterschiede. Kolumbien z.B. war lange Zeit kein Gebiet für Koka-Anbau im großen Stil, sondern Standort für die Weiterverarbeitung. Aber auch zwischen Peru und Bolivien gibt es Unterschiede: Während sich in Peru der Leuchtende Pfad (Sendero Luminoso) in den 80er und 90er Jahren durch den Drogenanbau finanzierte, gibt es in Bolivien keine Guerilla und damit auch keine Verschmelzung von Drogen- und Kriegsökonomie. Letzteres ist in Kolumbien inzwischen zum immer größeren Problem geworden. Die Situation der Kleinbauern ist allerdings in Peru wie Bolivien gleich: Repressive Maßnahmen sind für viele an der Tagesordnung.

Zusammenfassend stellte Dr. Goedeking dar, dass es kein Patentrezept für AE gibt und die große Herausforderung deshalb darin läge, das Konzept den regionalen Gegebenheiten anzupassen. Wo beispielsweise Siedlungsdichte und Nachhaltigkeit sich nicht vereinbaren lassen, wie es im Chapare der Fall ist, sieht Dr. Goedeking die langfristige Lösung darin, Einkommensmöglichkeiten und Anreizsysteme zur Abwanderung der Kleinbauern an andere Orte zu schaffen. *Crop Substitution* als Maßnahme von AE stößt im Chapare an ihre Grenzen, kann in anderen Regionen aber durchaus eine nachhaltige Alternative sein.

## Handlungsmöglichkeiten der EZ und ihre Grenzen

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Partizipation bei AE. Wie kann die Partizipation der Zielgruppen erreicht werden bzw. wodurch wird sie verhindert? Einigkeit herrschte unter den Referenten bezüglich der Ansicht, dass gute Konzepte auf Seiten der Geber nur dann fruchten können, wenn der Staat bereit ist, die nötigen

Rahmenbedingungen zu schaffen und sich für Partizipation einzusetzen. Zumindest im Chapare gibt es laut Dr. Lessmann kaum Ansätze für partizipative Projekte und außerdem einen großen Mangel an Durchführungsorganisationen. Während er die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit gewerkschaftlich organisierten Bauern positiv einstufte, wies Dr. Goedeking auf die Gefahr der Zusammenarbeit mit diesen seiner Meinung nach autoritär strukturierten Organisationen hin.

Die zentrale Rolle des Staates wurde weiter durch den Vergleich zwischen Asien und Lateinamerika verdeutlicht. Auch hier kamen die regionalen Unterschiede wieder zum Tragen. In Thailand war Partizipation in den Dörfern schon vor der Initiierung von Drogenprojekten institutionalisiert. Auch Dezentralisierung und starke staatliche Unterstützung offenbarten sich als gute Voraussetzungen dafür, dass Maßnahmen alternativer Entwicklung greifen konnten. Lateinamerikanische Staaten dagegen treten meist als Gewaltakteure in Erscheinung und haben außerdem durch die Zertifizierung<sup>1</sup> wenig Handlungsspielraum. Wo Partizipation nicht gegeben ist und der Staat überwiegend repressiv vorgeht, bleiben Projekte der AE oftmals wirkungslos.

In diesem Zusammenhang stellte sich die Frage, was NRO unter derart ungünstigen Rahmenbedingungen leisten können. Laut Dr. Goedeking ist ihr Handlungsspielraum in den hochpolitischen und gewaltgeladenen Regionen Lateinamerikas begrenzt und wird auch vom Staat beschränkt. NRO agieren daher zumeist als globale Kritiker und Watchdogs und versuchen, die Politik zumindest auf Geberseite zu beeinflussen. Auf die Frage hin, ob eine stärkere Unterstützung von NRO nicht wünschenswert sei, wies Herr Zoll darauf hin, dass das Drogenproblem auf der Angebotsseite vor allem wirtschaftliche Gründe habe, auf die NRO wenig Einfluss nehmen könnten. In Afghanistan z.B. sei der Anbau von Schlafmohn zurzeit zehnmal lukrativer als der von Weizen. Die Aktivitäten der Geber müssten deshalb einen ganzheitlichen Ansatz umfassen, in dessen Rahmen auch NRO eine Rolle spielen sollten. Diesen Ansatz sah Herr Zoll in AE auf der Angebotsseite und Prävention auf der Nachfrageseite. Eine Sensibilisierung der Bevölkerung sei auf jeden Fall anzustreben. Dr. Goedeking fügte hinzu, dass es im Falle Lateinamerikas – abgesehen von einer generellen Rebellion gegen die USA – kaum differenzierte zivilgesellschaftliche Debatten zur Lösung des Drogenproblems gäbe, die die NRO unterstützen könnten.

Repressive Maßnahmen wie *Law Enforcement* schränken die Handlungsspielräume von staatlichen wie nicht-staatlichen Institutionen weiter ein. Obwohl sich viele Akteure, vor allem in Europa, darüber einig sind, dass man entwicklungspolitisch mit nachhaltigen Maßnahmen mehr erreichen kann, stehen in Lateinamerika *Law Enforcement* und schnelle Eradikation immer noch im Vordergrund. Regierungspläne wie der *Plan por la Dignidad* in Bolivien werden so formuliert, dass sie von den USA angenommen werden und zur Zertifizierung führen. Deshalb sind Prävention und Alternative Entwicklung immer noch erst die zweite Priorität nach Repression. Laut Dr.

---

<sup>1</sup> Die USA führen eine Liste mit Ländern, die jedes Jahr den Erfolg ihrer Drogenpolitik unter Beweis stellen müssen. Erst dann werden sie für Gelder ‚zertifiziert‘.



Lessmann sollte man sich deshalb aber nicht von der *Opción Zero* verabschieden. Dabei müsse man allerdings zwei Faktoren stärker berücksichtigen: Zum einen wird es Angebot geben, solange Nachfrage herrscht. Zum anderen kann AE als Teil der *Opción Zero* nur wirksam werden, wenn die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen sind. Dr. Lessmann betonte dabei mehrfach, dass es „nur mit den Bauern“ ginge, „und nicht ohne sie“.

Auch Dr. Goedeking verlangte, dass willkürliche Gewaltanwendung, wie sie im Chapare an der Tagesordnung ist, aus der Region verschwinden muss. Das Dilemma bestehe allerdings darin, dass die Bauern fordern, Koka legal anbauen und gleichzeitig an Jeden verkaufen zu können, also auch an Zwischenhändler. Dieser Forderung könne kein Staat nachgehen, weshalb *Law Enforcement* - Maßnahmen von der Politikagenda nicht weg zu denken seien.

## **Zivile Konfliktbearbeitung – die zukünftige Aufgabe der EZ**

Angesichts dieser Hindernisse für den Erfolg von AE stellte sich die Frage, was die EZ wirklich leisten könne und welche Rolle sie in Zukunft spielen solle. Dr. Lessmann warnte vor dem „Sprung in die Omnipotenzfalle“, da die EZ niemals alle an sie gestellten Erwartungen erfüllen könne. Sie könne aber dennoch etwas erreichen, wenn sie mit klareren Kriterien festgelegt wird. AE kann einen kleinen Beitrag zur Schadensbegrenzung vor Ort leisten. Dafür ist es aber auch notwendig, dass die Zielgruppen als Akteure von AE ernst genommen werden.

Eine Grundvoraussetzung für den Erfolg von AE in Lateinamerika ist jedoch zunächst die zivile Konfliktbearbeitung. Neben dem langfristigen Aufbau wirtschaftlicher Strukturen bezeichnete Dr. Goedeking die zivile Konfliktbearbeitung sogar als wichtigeres und passenderes Konzept als AE. Herr Zoll hob hervor, dass auch die deutsche EZ dies erkannt hat und in Kolumbien die Friedens- und Konfliktbearbeitung schon jetzt Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist. Die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen, nachhaltige alternative Entwicklung und der Abbau willkürlicher Gewaltanwendung können von der EZ nie alleine erreicht werden. Da wir als Geber jedoch durch unsere Nachfrage nach Drogen das Angebot maßgeblich bestimmen, haben wir die Verpflichtung, uns weiterhin zu engagieren. Dass zivile Konfliktbearbeitung ein Schritt in die richtige Richtung sein könnte – darin waren sich alle Referenten einig.